

# Vorrang für das Allgemeininteresse

## Die ökonomische Lehre des Eduard Bernstein

«Aber schon früh habe ich die Notwendigkeit erkannt, dass der politische Kämpfer unserer Zeit vor allen Dingen Ökonom sein, Sinn und Verständnis für die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens haben muss.»<sup>1</sup>

Eduard Bernstein, der 1919 anlässlich eines Vortrags an der Universität Basel vom einladenden Professor als «Mann der Wissenschaft»<sup>2</sup> begrüßt wurde, zeichnete sich nicht nur durch historische, ideengeschichtliche und philosophische Sachkenntnis aus, sondern gerade auch durch ökonomische. Dass Bernstein heute nicht stärker als Ökonom wahrgenommen wird, liegt u. a. wohl daran, dass seine weitsichtigen ökonomischen Vorstellungen nicht in einem einzelnen Werk vorliegen. Wer die wirtschaftswissenschaftlichen Einsichten Bernsteins zusammentragen möchte, muss sich durch langatmige Passagen zur Ideengeschichte des Sozialismus mühen und Unmengen Exegese von Karl Marx und Friedrich Engels erdulden. Dazwischen finden sich jedoch zahlreiche, klein portionierte Bausteine eines durchaus konsistenten Gedankengebäudes. Es handelt sich dabei um eine genauso originelle wie moderne Synthese aus Erkenntnissen unterschiedlicher weltanschaulicher Herkunft. Bernstein schien seiner Zeit um zwei Generationen voraus gewesen zu sein, weshalb sich die demokratische Linke kaum auf ihn berief. Erst lange nach 1945 wurden innerhalb der demokratischen Linken Deutschlands seine Vorstellungen von Ökonomie zur Mainstream-Ansicht. Damit ist Bern-

---

1 Eduard Bernstein, *Die Sozialisierung der Betriebe* [1919/1920]. Druck und Verlag der Nationalzeitung Basel, S. URL: [https://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb11023072\\_00005.html](https://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb11023072_00005.html) – zuletzt aufgerufen im März 2020.

2 Ebd. S. 5.

steins Schicksal das eines Avantgardisten, dessen gedanklicher Triumph letztlich nicht mit ihm in Verbindung gebracht wird.

Der Fokus dieses Textes liegt darauf, die ökonomischen Einsichten und Vorstellungen, die Bernsteins reformistischem Sozialismus zugrunde liegen, herauszuarbeiten. Der Ursprung seines ideologisch-theoretischen Schaffens ist auch der seines ökonomisch-theoretischen. Bernsteins schrittweise Emanzipation von der Orthodoxie begann in den 1890er-Jahren. Er haderte zunehmend mit einer von ihm attestierten Ambivalenz in den Werken seiner «Meister» Karl Marx und Friedrich Engels. Die Begründer des «wissenschaftlichen Sozialismus» präsentierte – seiner Auffassung nach – eine ökonomisch unterlegte Entwicklungslehre der menschlichen Geschichte. Dadurch seien frühere, utopische, von den materiellen Grundlagen abgekoppelte Denkart des Sozialismus, die letztlich ein diesseitiges Paradies anpeilen, überwunden worden.<sup>3</sup> Auf der anderen Seite finden sich laut Bernstein (nicht nur) in den frühen Schriften von Marx und Engels Sympathien für eine revolutionäre Machtergreifung, wo der politische Wille unabhängig von ökonomischen Bedingungen triumphiert.<sup>4</sup>

Gemäß Bernstein beriefen sich die Bolschewisten ausschließlich auf die revolutionären Passagen und sahen in der politischen Gewalt «Zauberkräfte von Allheilmitteln»<sup>5</sup>. Er hingegen sah sich – durchaus mit bewusst abweichender Schwerpunktsetzung zu seinen «Meistern» – als Interpret jener Passagen von Marx und Engels, die die materiell-ökonomischen Bedingungen und deren evolutionäres Entwicklungspotenzial betonen: «Ja, der Revisionist legt ihnen [diesen Passagen d. A.] größere Bedeutung, größere Tragweite bei, als vielleicht, das gebe ich gerne zu, Marx selbst (...).»<sup>6</sup> Die Spielräume des menschlichen Willens im Allgemeinen und der politischen Gewalt im Speziellen, sind bei Bernstein stark eingeschränkt.<sup>7</sup> Dadurch ergibt sich eine unspektakulärere,

---

3 «Denn grundsätzlich hat meines Erachtens die Marxsche Theorie in der Tat die Idee vom Endziel gestürzt. Es kann für eine Gesellschaftslehre auf Grundlage des Entwicklungsgedankens kein Endziel geben» (Bernstein 1909, S. 106).

4 Eduard Bernstein, *Der Sozialismus einst und jetzt*. Middlesex: The Echo Library 2008 [1922], Kapitel 8.

5 Ebd. S. 120.

6 Eduard Bernstein, «Der Revisionismus in der Sozialdemokratie» [1909/1976]. In: Helmut Hirsch (Hrsg.): *Ein revisionistisches Sozialismusbild, Drei Vorträge von Eduard Bernstein*. Hannover 1976 [1968], S. 107.

7 «Denn das Bedeutungsvolle bei Marx ist ja gerade, dass seine und Engels Lehre eine

geerdete, konkrete und an realen Gegebenheiten sowie ökonomischen Fragen orientierte Spielart des Sozialismus. Ein Sozialismus, der in die Demokratie passt.

## Das Allgemeininteresse als Leitprinzip für die Organisation der Wirtschaft

Dreh- und Angelpunkt für Bernsteins Verständnis von Sozialismus ist das Allgemeininteresse: «Der Sozialismus ist aber gerade der Gedanke der Erhebung des Interesses der Allgemeinheit über jedes Sonderinteresse von Gruppen.»<sup>8</sup> Folgerichtig ist die Arbeiterklasse für ihn «Gegnerin aller partikularistischen Interessen des Eigentums»<sup>9</sup>. Bernstein<sup>10</sup> ist zwar der Auffassung, dass die Demokratie keine Wunder vollbringen kann, nicht-destotrotz sieht er sie als Form der Verwirklichung des Allgemeininteresses.<sup>11</sup> In einem Brief an Karl Kautsky merkt er dazu an: «Ich hätte ganz gut

---

wissenschaftlich begründete Lehre ist, von den Grenzen des Willens in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft» (1922, S. 123).

8 Eduard Bernstein, «Was ist Sozialismus?» [1918]. In Helmut Hirsch (Hrsg.): *Ein revisionistisches Sozialismusbild, Drei Vorträge von Eduard Bernstein*. Hannover 1976 [1968], S. 155.

9 Ebd. S. 156.

10 Vgl. ebd. S. 155.

11 Das Allgemeininteresse – vermittelt durch die Demokratie – repräsentiert die gesamtgesellschaftliche Perspektive. Hinzu kommt bei Bernstein noch eine individuelle Perspektive über die «Genossenschaftlichkeit». Bernstein verwendet die Begriffe «Genossenschaften» und «genossenschaftlich» nicht synonym, was zu Missverständnissen führen kann. Mit «Genossenschaften» sind explizit Produktions- oder Konsumkooperativen gemeint. Bernsteins «Genossenschaftlichkeit» ist hingegen keine ökonomische Organisationsform, sondern ein Rechtsprinzip (vgl. Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* [1899a], Bonn - Bad Godesberg, 1984, S. 112): «Der socius ist der gleichberechtigte Teilhaber» (Eduard Bernstein: «Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?» [1901]. In Helmut Hirsch (Hrsg.), *Ein revisionistisches Sozialismusbild, Drei Vorträge von Eduard Bernstein*, Hannover 1976 [1968], S.83). Damit ist die Teilhabe der Individuen, wiederum vermittelt durch die Demokratie, gemeint. So ist auch Bernsteins diesbezügliche Definition von Sozialismus zu verstehen: «Dem entspräche die Bezeichnung Sozialismus als Bewegung zur, oder der Zustand der genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung» (Bernstein 1899a, S. 112). Die gesellschaftliche Definition über das Allgemeininteresse sowie die subjektive Definition über die «Genossenschaftlichkeit» sind konsistent und beleuchten den gleichen Gegenstand aus zwei Perspektiven. Sind alle individuellen Mitglieder einer Gesellschaft gleichberechtigte Teilhabende, ist das gesamtgesellschaftliche Allgemeininteresse erfüllt. Beides ist theoretisch in der Demokratie gegeben.

schreiben können, und wollte es sogar ursprünglich (tun), dass der Sozialismus für mich in letzter Instanz Demokratie, Selbstverwaltung heißt»<sup>12</sup>. Wie kann die Durchsetzung des Allgemeininteresses demokratisch erfüllt werden? Hier ist Bernsteins Antwort bereits sozioökonomischer Kultur, denn die Strategie dafür ist «die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine [solche] kollektivistisch geregelte Wirtschaft»<sup>13</sup>.

Bernstein – und hier unterscheidet er sich fundamental von den meisten seiner zeitgenössischen Gesinnungsfreunde – ist der Auffassung, dass für die Durchsetzung des Allgemeininteresses die Form der wirtschaftlichen Organisation weniger wichtig sei als ihre sozioökonomische Funktion. Eine Kollektivierung sei *nicht* notwendig, wenn eine Sache einen fortschrittlichen Zweck erfülle:<sup>14</sup> «Wo der Staat unwirtschaftlicher arbeitet als die Privatindustrie, da ist es auch unsozialistisch, dem Staat vor der Privatindustrie den Vorzug zu geben.»<sup>15</sup> Welche sozioökonomischen Funktionen Bernstein als bedeutsam erachtet, lässt sich anhand der von ihm definierten Kriterien für die Zweckmäßigkeit einer Sozialisierung verdeutlichen: Das Ziel ist die Herstellung der maximalen Produktionsmenge bei effizientem Mitteleinsatz unter guten Arbeitsbedingungen, bei fairer Entlohnung sowie bei demokratischer Teilhabe der Belegschaft. Dabei hierarchisiert er die Prioritäten: Die wirtschaftspolitischen Ziele – also die Ausweitung der Produktion unter den Bedingungen der Effizienz – stehen an erster Stelle. Die sozialpolitischen Ziele Arbeitsrecht, Entlohnung und Mitbestimmung sind nachgereiht.<sup>16</sup>

Bernstein<sup>17</sup> betont, dass der Kapitalismus sowohl «Produktionsform», als auch «Verteilungssystem» und «Rechtsverhältnis» sei. Um die letztgenannten zu verändern, müsse die Produktionsform aber nicht grundlegend in Frage gestellt werden:

---

12 Zitiert nach Thomas Meyer, *Bernsteins konstruktiver Sozialismus*. Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 288. Bernstein meint damit politische Selbstverwaltung in der Republik, nicht wirtschaftliche Selbstverwaltung im Betrieb.

13 Vgl. Eduard Bernstein, «Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?» [1901]. In Helmut Hirsch (Hrsg.): *Ein revisionistisches Sozialismusbild, Drei Vorträge von Eduard Bernstein*. Hannover 1976 [1968], S. 66.

14 Vgl. Meyer 1977, S. 361.

15 Eduard Bernstein, «Das Vergesellschaftungsideal und die Gewerkschaften» [1906]. In: *Sozialistische Monatshefte* 11/1906, S. 930. URL: [http://library.fes.de/cgi-bin/populo/sozmon.pl?f\\_HEF=190611&t\\_heft=x](http://library.fes.de/cgi-bin/populo/sozmon.pl?f_HEF=190611&t_heft=x) – zuletzt aufgerufen im März 2020.

16 Vgl. Bernstein 1922, S. 138.

17 Vgl. ebd. S. 41.

«Man kann die Form der Produktion erhalten, aber das Rechtsverhältnis ändern. Ebenso kann man auch den Modus der Verteilung ändern. (...) Es kann also die Betriebs- oder Wirtschaftsform erhalten bleiben und doch kann in ihrer Verfassung und Leitung eine große, sogar revolutionäre Änderung vor sich gehen.»<sup>18</sup>

Er verweist zur Untermauerung seiner These, dass das Rechtsverhältnis bei konstanter Produktionsform veränderbar ist, auf das Betriebsrätegesetz von 1920<sup>19</sup>. Hier zeigt sich Bernsteins Reformismus ökonomisch interpretiert: Auch innerhalb einer auf Eigentum basierenden Ökonomie können durch Interventionen und Regulierungen erhebliche Verbesserungen im Sinne des Allgemeininteresses – im 20. Jh. hätte man von ‚Gemeinwohl‘ gesprochen – erreicht werden.

Zur Erreichung von Bernsteins sozioökonomischen Zielen seien – bei privater Eigentümerschaft – von Seiten der Gesellschaft radikale Eingriffe nötig, die über reine Prosa deutlich hinausgingen.<sup>20</sup> Bernstein<sup>21</sup> begrüßt in diesem Sinne Sozialpartnerschaft<sup>22</sup>, Tarifverträge und das Betriebsrätegesetz als ein Stück Teilhabe am Wirtschaftsprozess<sup>23</sup>. In der gewerkschaftlichen Mitbestimmung sieht er explizit ein «demokratisches Element in der Industrie»<sup>24, 25</sup> Gewerbeschutz, Schiedsgerichte, Mindestlöhne oder Preisregulierung seien wesentliche «Schritte der Sozialisierung»<sup>26</sup>. Für alle Kommissionen zur Lohnbestimmung, Entscheidung über Arbeitsbedingungen und zur Besetzung von Gewerbegerichten oder Versicherungsanstalten geht Bernstein immer von vollständiger Parität aus – also Stimmgleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern<sup>27</sup>. All

---

18 Ebd.

19 Ebd.

20 Vgl. Meyer 1977, S. 361.

21 Vgl. Bernstein 1922, S. 74.

22 Gemäß Bernstein (vgl. Eduard Bernstein, «Drei Antworten auf ein Inquisitorium» [1899b] In: Eduard Bernstein (1901/2005), *Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus* [1901]. Berlin/Bern 2005, S. 319) tut es dem Klassenkampf keinen Abbruch, wenn dieser von der Straße in die Gesetzgebungskörperschaften, Selbstverwaltungsorgane und Lohnkomitees verlagert wird.

23 Vgl. Meyer 1977, S. 362.

24 Eduard Bernstein 1899a, S. 150.

25 «Die Macht, welche die Gewerkschaft sich in der Industrie gewinnt, gewinnt sie für die Gesellschaft, ist so viel Vergesellschaftung der Industrie.» (Bernstein 1906, S. 931).

26 Eduard Bernstein 1919/1920, S. 19.

27 Vgl. Meyer 1977, S. 363–364.

diese Bausteine würden nach Bernstein<sup>28</sup> per se eine Form der Vergesellschaftung darstellen, weil die Allgemeinheit durch Regulierungen in das Wirtschaftsleben eingreift.<sup>29</sup> «Die Hauptsache bei der Vergesellschaftung ist, dass wir die Produktion und andere Zweige der Volkswirtschaft unter die regelnde Kontrolle der Allgemeinheit bringen.»<sup>30</sup> Unter diesen Bedingungen sieht Bernstein ein gesellschaftliches Allgemeininteresse gegeben. Dafür müsse man das Eigentum nicht abschaffen, sondern eingrenzen<sup>31, 32</sup> Die Regulierung ist somit Bernsteins wichtigstes politisches Steuerungsinstrument zur sozioökonomischen Gestaltung.

Einen Schritt Richtung «gesellschaftlicher Regelung der Produktion» sieht Bernstein in regionalen Komitees, in denen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und lokale demokratische Organe vertreten sind und die gewisse Kompetenzen in Bezug auf wirtschaftliche Entscheidungen haben.<sup>33</sup> Überdies zieht Bernstein<sup>34</sup> eine Reihe von Branchen in Betracht (von der Rohstoffgewinnung bis zur Eisenbahn), die für eine Verstaatlichung in Frage kommen. Für die Entscheidung über die Zweckmäßigkeit einer Sozialisierung zieht er die zuvor definierten Funktionen heran – Ausweitung der Produktion etc.<sup>35</sup> Bernstein<sup>36</sup> plädiert für einen «Reichtum an Formen» in der Wirtschaftsstruktur, also ein Nebeneinander privater und kollektiver Produktionsformen: «Daher ist es auch weder nötig, noch jemals angängig, die private Produktion vollständig kaltzustellen». Er kann sich in diesem Kontext auch eine staatliche Beteiligung an sonst privaten Unternehmen vorstellen.<sup>37</sup> Bernstein plädiert letztlich für eine hybride Wirtschaft aus privaten, staatlichen und gemischten Eigentumsformen.

---

28 Vgl. Bernstein 1906, S. 930 und Bernstein 1918, S. 160.

29 Schon frühe Arbeitsschutzmaßnahmen seien laut Bernstein (Bernstein 1918, S. 162) als Eingriff der Unternehmer in deren Autonomie interpretiert worden.

30 Bernstein 1918, S. 160.

31 Vgl. Meyer 1977, S. 369.

32 «In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken als in der Verstaatlichung von etlichen hundert Unternehmungen und Betrieben. Denn hier wird das Interesse der Allgemeinheit in viel weiterem Umfang erfasst und das Wohl einer viel größeren Zahl von Menschen wahrgenommen» (Bernstein 1918, S. 162).

33 Vgl. Bernstein 1922, S. 139–141.

34 Vgl. Bernstein 1919/1920, S. 13–16.

35 Vgl. 1922, S. 138.

36 Ebd. S. 20.

37 Ebd. S. 19.

# Produktivität erhöht den Wohlstand für die Arbeiterschaft

Bernstein betrachtet die Produktivitätsentwicklung als Quelle des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands.<sup>38</sup> So weit ist er sich mit Marx<sup>39</sup> einig. Marx argumentiert jedoch, dass die Reinvestition<sup>40</sup> (bei Marx <Akkumulation>) von Kapital zwar zu mehr gesellschaftlichem Reichtum, jedoch auch zu mehr proletarischem Elend führe – sowohl in Form von <working poor>, als auch durch Arbeitslosigkeit.<sup>41</sup> Die daraus folgende Zunahme der Produktivität (bei Marx <Weiterentwicklung der Produktivkraft>) wirke für die Arbeiterklasse letztlich wohlstandsmindernd: «je höher die Produktivkraft der Arbeit, desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer also ihre Existenzbedingung»<sup>42</sup>.

Auch Bernstein<sup>43</sup> attestiert einen Fortschritt der Produktivität als Folge der Kapitalakkumulation: «Die Wirkung ist eine nicht minder große Steigerung der Produktion – Massenproduktion von Gebrauchsgütern. Wo bleibt dieser Reichtum?» Wenn der Wohlstand permanent wächst, wer konsumiert dann all die Zuwächse? «Die <Kapitalmagnaten> möchten zehnmal so große Bäume haben, als der Volkswitz ihnen nachsagt (...) gegenüber der Masse des jährlichen Nationalprodukts (...) wäre ihr Konsum immer noch wie eine Feder in der Waage».<sup>44</sup> Wenn die kapitalistische Wirtschaft in erster Linie Massenproduktion ist, die Kapitalisten aber nur eine kleine Gruppe darstellen, dann müssen es

---

38 Vgl. Bernstein 1899a, S. 78.

39 Vgl. Karl Marx: *Das Kapital. Band I.* [1867]. In: *Karl Marx – Friedrich Engels – Werke*, Berlin/DDR, S. 673. URL: [http://www.mlwerke.de/me/me23/me23\\_000.htm](http://www.mlwerke.de/me/me23/me23_000.htm) – zuletzt aufgerufen im März 2020.

40 Eine Reinvestition ist die Investition eines Teils des Profits in den Kapitalstock. Eine technische Innovation wird durch eine Investition implementiert, wodurch die Produktivität steigt.

41 «Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. (...) Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation» (Marx 1867, S. 673).

42 Marx 1867, S. 674.

43 Vgl. Bernstein 1899a, S.78.

44 Ebd. S. 78.

andere Gruppen sein, die diese Massenproduktion mit ihrem Konsum absorbieren: «(...) Wo also bleibt die Warenmenge, die die Magnaten und ihre Dienerschaft nicht verzehren? (...) Entweder (...) steigender Wohlstand des Proletariats oder eine zahlreiche Mittelklasse, das ist die einzige Alternative»<sup>45</sup>. Anders als bei Marx müssen Arbeiterschaft und/oder Mittelschicht bei Bernstein von der Produktionszunahme in Folge von Produktivitätssteigerungen profitieren.

Bernstein argumentiert aber nicht nur theoretisch, sondern zeigt auch empirisch auf, dass durch Produktivitätssteigerungen Reallöhne zunehmen und die Arbeitslosigkeit *nicht* ansteigt.<sup>46</sup> Er unterstreicht, dass Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft zu Preissenkungen bei Lebensmitteln geführt hätten, wodurch die sozialen Folgen von Wirtschaftskrisen abgemildert wurden.<sup>47</sup> Bernstein erachtet das Thema Produktivität in der sozialistischen Literatur als unterbelichtet: «In der Tat ist der Sozialismus erst in zweiter Linie ein Verteilungsproblem. In erster Linie ist er vielmehr ein Problem der Produktionsordnung und Produktionsentfaltung»<sup>48, 49</sup>. Bernstein ist der Auffassung, dass die Macht der Arbeiterbewegung dazu geführt habe, dass das wachsende Volkseinkommen in Folge der Produktivitätssteigerungen mittlerweile zwischen Arbeit und Kapital geteilt werden müsse, wenngleich letztere immer noch den Löwenanteil erhielten. Dieses Verhältnis könne sich aber irgendwann umkehren. Ab einem gewissen Punkt würden Reallohnsteigerungen dann zu schmäleren Profiten führen und diese Entwicklung voranzutreiben sei Aufgabe des Sozialismus.<sup>50</sup>

Gemäß Bernstein<sup>51</sup> habe eine sozialdemokratische Partei «revolutionär in dem großen Sinne des tiefgreifenden Fortschritts auf allen Gebieten des sozialen Lebens» zu sein.<sup>52</sup> In diesem Sinne kritisiert Bernstein

---

45 Ebd. S. 78.

46 Vgl. Meyer 1977, S. 228–232.

47 Vgl. Bernstein 1899a, S. 111.

48 Bernstein 1899a, S. 14.

49 So sieht es Bernstein (Bernstein 1922, S. 34) auch 23 Jahre später noch: «Aus alledem geht hervor, wie recht Marx hatte, wenn er es für irreführend erklärte, die Form der Verteilung des Arbeitsertrags bei der Begründung des Sozialismus als maßgebend hinzustellen. Der Sozialismus ist in erster Linie gebunden an die Fortentwicklung der Produktion.»

50 Vgl. Meyer 1977, S. 228–232.

51 Vgl. Bernstein 1918, S. 156.

52 Dies falle der Arbeiterklasse leichter als dem Bürgertum, das an vielmehr überlieferte Einrichtungen gebunden sei (ebd.).



das Vorgehen gewisser englischer Gewerkschaften als konservativ, weil sich diese zum Schutz ihrer Mitglieder technischen Erneuerungen widersetzt hätten:

«Wenn einzelne Arbeiter glauben, dass der soziale Fortschritt, der technische Fortschritt sie schädige, weil er zeitweise Arbeiter überflüssig macht, so hat doch die Gesamtheit von diesem Fortschritt den großen Vorteil der Vermehrung der Produkte, der Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums. Der ist aber die Bedingung des sozialen Fortschritts.»<sup>53</sup>

Bernstein erachtet die Logik von Rationalisierung und Effizienzsteigerung, die der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft inhärent ist, als revolutionär und die Widerstände dagegen, die ja oftmals vonseiten der Beschäftigten kommen – etwa im Falle des berühmten Weberaufstands von 1844 –, als konservativ.

## Pro Unternehmertum, contra Zentralverwaltungswirtschaft

30 Jahre vor der Einführung des ersten 5-Jahresplanes in der Sowjetunion zeigt sich Bernstein<sup>54</sup> sehr skeptisch über die Möglichkeiten einer zentralen Wirtschaftslenkung. Die zentralistische Planwirtschaft scheitert an der Komplexität der Materie: «Über welche Fülle von Einsicht, Sachkenntnis, Verwaltungstalent müsste eine Regierung oder Nationalversammlung verfügen, um auch nur der Oberleitung oder der wirtschaftlichen Kontrolle eines solchen Riesenorganismus *gewachsen zu sein?*»<sup>55</sup>. Bernstein<sup>56</sup> zweifelt nicht nur an der generellen Zentralverwaltungswirtschaft, sondern auch daran, ob der Staat von heute auf morgen in der Lage sei eine große Zahl vergesellschafteter Großbetriebe zu

---

53 Ebd.

54 Eduard Bernstein, «Die socialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl» [1897]. In: Eduard Bernstein: *Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus* [1901]. Berlin/Bern 2005: Elibron, S. 211.

55 Bernstein 1899a, S. 115.

56 Vgl. Bernstein 1918, S. 160–161.

administrieren.<sup>57</sup> Dementsprechend erachtet er eine postrevolutionäre Übernahme der Produktion als unmöglich. Die Entfernung der Kapitalisten aus der Produktion garantiere keine lebensfähigen Gebilde, weil die Nervenzentren sehr komplexer Organismen plötzlich abhandenkämen.<sup>58</sup>

Bernstein stellt offen in Frage, ob der Staat besser wirtschaften könne als die Privaten, die unter Konkurrenzdruck stünden.<sup>59</sup> Staatliche Betriebe würden «nicht so rationell arbeiten» und an dem Vorwurf, dass der Staat schlechter wirtschaftete als die Privaten sei noch immer etwas Wahres dran, weil beim Privatbetrieb «das größere Bewusstsein der individuellen Verantwortung durch das persönliche Interesse verbürgt sei».<sup>60, 61</sup> Bernstein spricht hierbei von der «schaffende[n] Tätigkeit der Privatunternehmungen» und von der «schöpferischen Tätigkeit der Individuen».<sup>62</sup> Die kapitalistische Produktion ist für ihn «ein gewaltiger Faktor des technisch-ökonomischen Fortschritts».<sup>63</sup> Eine unvermeidliche Bürokratisierung der Industrie im Falle einer Vergesellschaftung sieht er als Hindernis für Produktivitätssteigerungen an.<sup>64</sup> Hier fehle sowohl der «Antrieb zu durchgreifenden Verbesserung der Technik», als auch der «Wagemut des Unternehmers».<sup>65</sup>

Folgerichtig erachtet Bernstein<sup>66</sup> unternehmerische Initiative als unumgänglich, wenn sich das junge Sowjet-Russland wirtschaftlich wieder erholen soll, weil die «freie wirtschaftliche Schaffenskraft» dort «ertötet» sei.<sup>67</sup> Er kritisiert die fatalen Auswirkungen der bolschewis-

---

57 «Glaubt jemand, dass daran sofort etwas verbessert würde, wenn man überall wahllos statt des Unternehmers Beamte hinstellte?» (Bernstein 1918, S. 160–161).

58 Vgl. Bernstein 1899a, S. 131.

59 Vgl. Meyer 1977, S. 361.

60 Bernstein 1919, S. 14–15.

61 «(...) je größer der Kreis der für irgendeine Angelegenheit verantwortlichen Personen, umso geringer das Gefühl der einzelnen für diese Verantwortung.» (Bernstein 1897, S. 205)

62 Bernstein 1919, S. 19–20.

63 Bernstein (Bernstein 1899) erkennt auf betriebswirtschaftlicher Ebene auch Prozessinnovationen als Möglichkeit zur Steigerung der Produktivität: «Aber selbst ein bestimmter Preis und obendrein eine bestimmte technologische Grundlage der Produktion gegeben, kann die Profitmasse eines Industriezweigs erhöht werden, ohne dass damit die Profite eines anderen verkürzt werden, nämlich durch Verringerung falscher Unkosten, Aufhebung der Schleuderkonkurrenz, bessere Organisation der Produktion und dergleichen mehr» (ebd. S. 111).

64 Vgl. Bernstein 1922, S. 137.

65 Bernstein 1922, S. 137.

66 Vgl. Bernstein 1922, S. 126.

67 Bernstein weist mit Blick auf die aus seiner Sicht fatalen Experimente der Bolschewis-

tischen Wirtschaftspolitik, spricht von einer «entsetzlichen Hungersnot ganzer Millionen»<sup>68 69</sup> und betont seine eingangs erwähnte Überzeugung, dass der politische Wille durch ökonomische Gegebenheiten eingeschränkt ist. Die Kosten der «stümpernden Experimentiererei»<sup>70</sup> der Bolschewisten habe das russische Volk mit unendlich vielen Opfern bezahlen müssen: «So darf es ein Kind machen, das mit seinem Baukasten spielt. Aber die Idee, so mit den Daseinsbedingungen eines Volkes von Millionen und Abermillionen umgehen zu können, ist Zäsurwahnwitz, gleichviel ob von einem gekrönten Machthaber oder von Revolutionären.»<sup>71</sup>

Bernstein<sup>72</sup> macht sich andererseits detaillierte Gedanken über Spielräume und Grenzen partieller Kollektivierungsmaßnahmen im demokratischen Rahmen. Dabei bleibt er seinem zuvor erwähnten Credo treu, dass die Funktion wichtiger sei als die Form.<sup>73</sup> Eine Vergesellschaftung sei eben kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck, «(...) dessen oberste Aufgabe die Erzielung des höchstmöglichen allgemeinen Wohlstands ist»<sup>74</sup>. Auch an dieser Stelle unterstreicht er die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit, damit man mit der Maßnahme vorwärtsschreite und nicht rückwärts.<sup>75</sup> «Es ist nicht unmöglich, die Leitung öffentlicher Betriebe mit jenem Geist zu erfüllen, der die Erzielung der höchsten technischen und administrativen Leistungsfähigkeit nie aus den Augen verliert. Es kommt nur auf den nötigen guten Willen an (...).»<sup>76</sup> Bernstein<sup>77</sup> sieht durchaus Fortschritte bei der Verwaltungsfähigkeit der öffentlichen Hand, das Problem einer wirtschaftlichen Gleichwertigkeit mit dem Privatbetrieb hält er aber noch für ungelöst.

---

ten in Russland auf die Bedeutung von Rechtssicherheit hin: «(...), wo man heute nicht weiß, welche Gesetze morgen in Geltung sind, da findet eine Verwüstung statt» (ebd. S. 126).

68 Ebd. S. 125–126.

69 Die erste große Hungersnot in Sowjet-Russland von 1922–1923 kostete mehreren Millionen Menschen das Leben.

70 Ebd. S. 124.

71 Ebd. S. 127.

72 Vgl. Bernstein 1919, S. 12–20.

73 Vgl. Bernstein 1919, S. 18.

74 Bernstein 1918, S. 160.

75 Vgl. Bernstein 1918, S. 160.

76 Eduard Bernstein: «Von der Sekte zur Partei» [1911] In Tom Strohschneider (Hrsg.): *Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden*, Berlin 2019, S. 192.

77 Vgl. Bernstein 1919, S. 15.

Bernstein<sup>78</sup> beruft sich auf einen ehemaligen Direktor des Thyssen-Konzerns, der die Reife für die Vergesellschaftung nicht an der Größe des Betriebs festmacht, sondern daran, ob die Branche noch Innovationspotenzial habe. Unternehmen, die simple Produkte von hoher Gleichartigkeit herstellen und zur Monopolbildung neigen, scheinen Bernstein<sup>79</sup> prädestiniert für eine Vergesellschaftung. Das seien gemäß Bernstein<sup>80</sup> die Rohstoffgewinnung – denn die Bodenschätze müssten der Allgemeinheit gehören<sup>81</sup> – und die Erzeugung von Halbfabrikaten wie Eisenträgern oder Fäden. Weitere Branchen die sich zur Sozialisierung eignen sind die Eisenbahn sowie Teile des Banken- und Versicherungswesens.

Bernstein bedauert ausdrücklich, dass die sozialdemokratische Übergangsregierung nach der Revolution von 1918 nicht besser genutzt wurde, um *«ein viel weitgehendes Anrecht des Staates am Boden und an den Bodenschätzen»* durchzusetzen<sup>82</sup>. Allerdings lehnt Bernstein jegliche gewaltsame Übernahme von Betrieben ab und befürwortet stattdessen ein gesetzmäßiges Vorgehen, das Entschädigungen vorsieht. Überdies plädiert er für eine schrittweise Vergesellschaftung, weil zehntausende Betriebe zu verwalten kein Gemeinwesen von heute auf morgen leisten kann. Es sei auch unklar, wie viele Betriebe letztlich erfolgreich staatlich geleitet werden können.<sup>83</sup>

## Der selbstverwaltete Betrieb scheitert an Innovation & Disziplin

Wie erwähnt ist Bernsteins zentraler Maßstab im Wirtschaftsleben das Allgemeininteresse. Hierbei erstaunt auf den ersten Blick seine Überzeugung, dass selbstverwaltete Unternehmen diesem Prinzip zuwiderlaufen. Er lehnt eine Übernahme von Betrieben durch Gewerkschaften ab, weil damit Partikularinteressen das Allgemeininteresse verdrängen würden – dies widerspräche Bernsteins Definition von Demokratie und

---

78 Vgl. Bernstein 1922, S. 137.

79 Vgl. Bernstein 1919, S. 13–14.

80 Bernstein 1919, S. 13–17.

81 Hier nähme er es auch in Kauf, wenn die staatlichen Betriebe *«nicht ganz so rationell arbeiten»* (Bernstein 1919, S. 14).

82 Bernstein 1922, S. 134.

83 Vgl. Bernstein 1919, S. 13–18.

Sozialismus.<sup>84</sup> Selbst genossenschaftlich organisierte Betriebe stünden mit ihren Partikularinteressen – wie kapitalistische Betriebe – in einem Gegensatz zum Allgemeininteresse.<sup>85</sup>

«Warum? Ganz einfach deshalb, weil es die Arbeiter, sobald sie in ihrem Gewerbe selbst Unternehmer sind, in Gegensatz bringt zur Allgemeinheit und den Antrieb zu technischen Verbesserungen, Einführung arbeitssparender Maschinen, usw., zum Schaden jener erschlaf-  
fen macht.»<sup>86</sup>

Bernsteins erstes zentrales Argument gegen den selbstverwalteten Betrieb ist also die Vermutung, dass die Innovationsdynamik gering wäre und Beschäftigte sich quasi nicht selbst wegrationalisieren würden. Das ist konsistent mit seinem zuvor skizzierten Fortschrittsglauben, der technisch-wirtschaftliche Umwälzungen als revolutionär, Widerstände dagegen als reaktionär einstuft.

Bernstein<sup>87</sup> beruft sich bei seiner Kritik an genossenschaftlich organisierten Betrieben auf empirische Befunde vorangegangener Jahrzehnte. Diese Genossenschaften hätten sich entweder schrittweise in privatwirtschaftliche Unternehmen verwandelt, oder sie seien über eine Zwergform nicht hinausgewachsen. Wäre die Produktionsgenossenschaft kapitalistischen Unternehmen ebenbürtig,

«dann hätte sie sich mindestens in demselben Verhältnis halten und aufschwingen müssen wie die vielen, mit den bescheidensten Mittel begonnenen Privatunternehmungen, und hätte sie dem moralischen Einfluss der umgebenden kapitalistischen Welt nicht so kläglich erliegen dürfen (...).»<sup>88</sup>

Sein skeptischer Befund in Bezug auf genossenschaftlich verwaltete Betriebe in den 1860er-Jahren trifft aus seiner Sicht auf eine komplexe <moderne> Fabrik der Jahrhundertwende noch viel mehr zu. Dort wären «Stunde für Stunde prosaische Bestimmungen zu treffen», es gäbe viel

---

84 Vgl. Bernstein 1899, S. 151.

85 Vgl. Meyer 1977, S. 364.

86 Vgl. Meyer 1977, S. 364.

87 Vgl. Bernstein 1899a, S. 124–129.

88 Vgl. ebd. S. 126.

Konfliktpotenzial und «da geht es einfach nicht, dass der Leiter der Angestellte der Geleiteten, in seiner Stellung von ihrer Gunst und üblen Laune abhängig sein soll.» Dies habe sich stets «als unhaltbar erwiesen und zur Veränderung der Form genossenschaftlichen Fabrik geführt»<sup>89</sup>. Daraus ergibt sich das Thema Disziplin – als zweites zentrales Argument gegen genossenschaftliche Betriebe –, weil «sich die selbstregierende genossenschaftliche Fabrik, als unlösbares Problem herausgestellt hat» und «am Mangel an Disziplin scheiterte»<sup>90</sup>. Er verweist auf Marx, der durch erfolgreiche genossenschaftliche Betriebe die Überflüssigkeit des Kapitalisten veranschaulichen wollte. Bernstein<sup>91</sup> unterstreicht, dass die Genossenschaft «nicht im Stande war und ist, diesen Beweis zu liefern.»<sup>92</sup>

Bernstein<sup>93</sup> unterscheidet allerdings zwischen selbstverwalteten Betrieben, wo die Angestellten die Genossen sind, und Betrieben, die einer großen Genossenschaft mit einer Vielzahl von Genossenschaften gehören, von denen die Angestellten nur einen kleinen Teil bilden. Letztere würden in sozialistischen Kreisen als «bürgerlich» verunglimpft, da es Lohnarbeit, leitende Angestellte und dergleichen gibt.<sup>94</sup> Überdies seien es – von diesen Kreisen – die gering geschätzten Konsumgenossenschaften, die sich in den vorangegangenen Jahrzehnten besser entwickelt hätten als Produktionsgenossenschaften.<sup>95</sup> Hier analysiert Bernstein die Schwierigkeiten von Produktionskooperativen im Rahmen des

---

89 Ebd. S. 130.

90 Ebd.

91 Vgl. ebd. S. 126.

92 Bernstein (Vgl. Bernstein 1909, S. 113–114) führt ein Beispiel aus der (gescheiterten) russischen Revolution von 1905 an und beruft sich dabei auf die Schrift eines russischen Marxisten. Damals hätten die Arbeiter zeitweise die Macht in den Fabriken der großen Industriegebiete übernommen, diese Herrschaft aber – nach Einsicht ihres Scheiterns – wieder freiwillig an die vormaligen Herren zurückgegeben. Bernstein verweist auf sein eingangs erläutertes Credo, dass der politische Wille beschränkt ist: «Die industrielle Diktatur der Arbeiter wäre einfach nicht durchzuführen gewesen. Das wirtschaftliche Leben hat gewisse Lebensgesetze, über die der bloße Wille der Menschen nicht hinauskommt.» (ebd. S. 114). Bernstein (Bernstein 1922, S. 125) greift später nochmals das russische Beispiel auf, diesmal aber die Folgen der Revolution von 1917. Seine Conclusio in Bezug auf die erneuten Fabrikübernahmen: «Die Arbeiter waren einfach nicht im Stande, sie selbstständig zu leiten». Bernstein (Bernstein 1922) bezieht sich auf nicht näher genannte Veröffentlichungen der Bolschewisten selbst. Demgemäß hätten nach der Revolution viele gelernte Arbeiter die Fabriken verlassen um als Handwerker auf dem Land tätig zu sein. Die Städte seien in den vier Jahren nach der Revolution um ein Viertel geschrumpft.

93 Vgl. Bernstein 1899a, S. 131.

94 Vgl. ebd. S. 136.

95 Vgl. ebd. S. 127.

britischen Genossenschaftswesens. Diese bräuchten «oft recht lange Zeit, bis ihre Produkte die Konkurrenz mit denen der Privatindustrie aufnehmen können»<sup>96</sup>. Dennoch seien unter den erfolgreichen Produktionsgenossenschaften vor allem solche zu finden, die einer Genossenschaft gehören, und kaum selbstverwaltete Betriebe. Dies sei «immerhin eine Form, die dem sozialistischen Gedanken näherkommt»<sup>97</sup>. Vor allem bei den Zulieferern zu Konsumgenossenschaften sieht er auch Wachstumsmöglichkeiten für die genossenschaftliche Produktion.<sup>98</sup> Bernsteins Verständnis nach lassen sich lebensfähige Genossenschaften «nicht aus der Erde stampfen, beziehungsweise per Kommando errichten», sondern müssen innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung organisch wachsen: «Wo aber der Boden für die geebnet ist, wachsen sie auch heran»<sup>99</sup>.

## Conclusio

Bernstein stellt das Allgemeininteresse ins Zentrum seiner sozioökonomischen Vorstellungen. Die Durchsetzung desselben gegenüber dem Kapital sei die Mission der Demokratie. Allerdings ist für ihn die wirtschaftliche Form, innerhalb der sozioökonomische Ziele erfüllt werden, sekundär – entscheidend sei die Funktion. Wenn private Unternehmen sich für eine Tätigkeit als zweckmäßiger erweisen als staatliche oder als Genossenschaften, dann solle ihnen die Aufgabe zufallen. Bernsteins sozioökonomischen Ziele sind hierarchisch angeordnet: Erst nach den wirtschaftspolitischen Zielen Wachstum und Effizienz<sup>100</sup> folgen die sozialpolitischen Ziele wie Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Mitbestimmung. Bernstein ist generell der Auffassung, dass der Sozialismus erstmals eine Frage der Ausweitung der Produktion und erst dann eine der Verteilung ist.<sup>101</sup>

---

96 Ebd. S. 138.

97 Ebd.

98 Vgl. ebd. S. 147.

99 Ebd. S. 132.

100 Dass neben der Forcierung der Produktivität eine fordistische Lohnpolitik sowie eine staatliche Nachfragesteuerung für die Entwicklung genau dieses Wohlstands unumgänglich waren, konnte dem 1932 verstorbenen Bernstein noch nicht klar sein. Die bahnbrechenden Erkenntnisse der nachfrageorientierten Ökonomie wurden erst zu dieser Zeit entwickelt und implementiert.

101 Dieser Fokus auf wirtschaftlichen Erfolg hängt wohl direkt mit Bernsteins empirischer Herangehensweise zusammen. Als quantitativ ausgerichteter Sozialwissenschaftler ist

Zur Erreichung von Bernsteins sozioökonomischen Zielen sind radikale Eingriffe vonseiten der Gesellschaft in das Wirtschaftsleben unerlässlich. Bernstein möchte das Eigentum nicht abschaffen, sehr wohl aber einhegen – dafür ist die Regulierung sein wichtigstes politisches Instrument. Arbeitsrecht, Arbeitsschutz oder Mitbestimmung erachtet er als Bausteine einer Vergesellschaftung. Er begrüßt die Teilhabe der Gewerkschaften in Form von der Sozialpartnerschaft, Tarifverträgen und des Betriebsrätegesetzes, sowie das Engagement der Sozialdemokratie in allen Institutionen der Demokratie.

Bernstein erachtet die Zunahme der Produktivität durch technischen Fortschritt als wesentliche Quelle des Wohlstands. Die Massenproduktion muss einen Massenkonsum nach sich ziehen, womit Arbeiterschaft und/oder Mittelschicht von der Kapitalakkumulation profitieren. Die Unternehmer sind zwar Eigentümer ihrer Fabriken, produzieren aber grosso modo für die Gesellschaft. Eine Produktionssteigerung als Folge eines technischen Fortschritts kommt allen Konsumenten zugute. Deren Allgemeininteresse steht bei Bernstein über den Interessen der Beschäftigten einer Branche, die vom technischen Fortschritt negativ betroffen ist. Eine Akzeptanz der Marktkräfte im Rahmen der kapitalistischen Entwicklungsdynamik wurde von <sozialistischer> Seite kaum jemals so klar ausgesprochen.<sup>102</sup>

Bernstein steht dem Staatsbetrieb nicht unkritisch gegenüber. Erstens tendiere dieser zur Bürokratisierung; zweitens würde die Konkurrenz dafür sorgen, dass Privatunternehmen effizient wirtschaften; drittens würde die Innovationsdynamik in staatlichen Betrieben erschlaffen, wenn der <Wagemut des Unternehmers> wegfalle. Allerdings richten sich diese Botschaften – sowie beinahe sein gesamtes Werk – an ein Publikum, dass die Kollektivierung des Eigentums als Essenz des Sozialismus erachtet. Dabei tritt in den Hintergrund, dass Bernstein eine ganze Reihe an Branchen verstaatlicht sehen möchte, wie etwa die Eisenbahn, die Rohstoffgewinnung sowie Teile des Banken- und Versicherungswesens.

---

ihm klar, dass beim damaligen Niveau des Nationalprodukts selbst eine völlige Gleichverteilung der Einkommen keine erheblichen Fortschritte bei der durchschnittlichen Kaufkraft gebracht hätte.

102 Natürlich würden Interventionisten wie Bernstein mit einem Repertoire von Begleitmaßnahmen aufwarten, die in den Nachkriegsjahrzehnten des 20. Jh. eine Selbstverständlichkeit darstellten – von einer Arbeitslosenversicherung bis zu Umschulungsmaßnahmen.



Überdies kann er sich eine Beteiligung des Staates an privaten Unternehmen vorstellen. Bernsteins Vision einer hybriden Wirtschaft aus staatlichen, privaten und gemischten Eigentumsstrukturen kommt verblüffend nahe an die Nachkriegsrealität einiger westeuropäischer Staaten heran.<sup>103</sup>

Eine kontinuierliche Vergesellschaftung der Produktion durch den Staat bis hin zur Zentralverwaltungswirtschaft lehnt Bernstein kategorisch ab. Die Materie sei für eine Zentralbehörde zu komplex, eine moderne Wirtschaft könne nur dezentral gesteuert werden. Jeder Versuch gewachsene und komplexe wirtschaftliche Verhältnisse durch puren politischen Willen revolutionär neu zu sortieren sei Utopismus. Derlei Experimente müssen entweder an der Realität scheitern oder – wie im Falle der Bolschewisten – in einer Gewaltherrschaft enden.

Bernstein steht selbstverwalteten Betrieben skeptisch gegenüber. Er sieht sie an einer Innovationsarmut scheitern, aber noch mehr am Disziplinmangel, weil die Leitenden selbst Angestellte der Geleiteten seien und sich gegen diese nicht durchsetzen könnten. Allerdings befürwortet Bernstein, wenn größere Genossenschaften einzelne Betriebe besitzen und diese jeweils mit einer herkömmlichen Leitungsstruktur ausstatten. Er hält nur Betriebe für lebensfähig, die eine handlungsfähige Verwaltung aufweisen und sich am Credo der Wirtschaftlichkeit orientieren. So lange dies garantiert ist, befürwortet er sowohl staatliche als auch genossenschaftliche Eigentumsformen explizit.

## Zur Aktualität von Bernsteins Sozioökonomie

Bernsteins quantitativer Wachstumsfokus ist für westliche Überfluggesellschaften mit Sicherheit veraltet, zumal in Zeiten von Klimawandel und Ressourcenknappheit dessen negativen Auswirkungen immer mehr

---

103 So wurden in Großbritannien nach 1945 zivile Luftfahrt, Kohlegewinnung, Eisenbahnen, Güter- und LKW-Transport, Gas- und Elektrizitätswirtschaft, das Fernmeldewesen sowie Eisen & Stahl verstaatlicht. Insgesamt wurde etwa ein Fünftel der Wirtschaft übernommen. In Österreich wurden im gleichen Zeitraum Bankenwesen, Eisen- und Stahlindustrie, Chemie- und Erdölindustrie, Elektrizitätswirtschaft sowie die Werften verstaatlicht. Rund 20% der Industriebeschäftigten waren im verstaatlichten Sektor tätig (vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Verstaatlichung\\_in\\_%C3%96sterreich](https://de.wikipedia.org/wiki/Verstaatlichung_in_%C3%96sterreich) sowie [https://de.wikipedia.org/wiki/Nachkriegszeit\\_in\\_Gro%C3%9Fbritannien](https://de.wikipedia.org/wiki/Nachkriegszeit_in_Gro%C3%9Fbritannien) – zuletzt aufgerufen im März 2020).

ins Bewusstsein rücken. Überdies ist heute der Wohlstand in den reichen Volkswirtschaften so hoch, dass sich die vorhandene Armut über konzeptionell simple Maßnahmen beheben ließe – wenngleich diese machtpolitisch schwer durchsetzbar sind. Insofern könnte man Bernsteins – für seine Zeit berechnete – Prioritätensetzung ohne weiteres umkehren. Für die Gegenwart müsste es wohl ‹Verteilung vor Wachstum› heißen – zumal die sozialen Sicherungssysteme in den letzten Jahrzehnten in die Defensive geraten sind. Bernsteins Fokus auf Innovation und Effizienz ist hingegen hoch aktuell – allerdings nicht mehr zur Forcierung des Wachstums, sondern zur Erreichung einer klima- und ressourcenschonenden Produktion.

Bernsteins Skepsis gegenüber verstaatlichter Produktion und Bürokratisierung war im Hinblick auf die Sowjetunion und ihre Satelliten erstaunlich vorausschauend. Auch in westlichen Staaten hatten staatliche Betriebe mit den von Bernstein attestierten Problemen – Innovationsarmut, Ineffizienz, etc. – zu kämpfen. Eine Generation später, wo das Gros der ehemals verstaatlichten Wirtschaft längst privatisiert wurde – in manchen Ländern sogar die Eisenbahn – kommen Bernsteins Ideen wieder von links statt von rechts. Sein Verweis auf die Möglichkeit staatlicher Beteiligung an sonst privaten Unternehmen eröffnet überdies die Option der strategischen Beteiligung für öffentliche Stakeholder.

Bernstein kapriziert sich nicht auf die Eigentumsfrage, sondern will das Primat der Politik im Wirtschaftsleben umgesetzt sehen. Er möchte die betriebswirtschaftliche Produktivität der privaten Unternehmung mit volkswirtschaftlichen Zielvorgaben vonseiten demokratischer Institutionen koppeln. Das ist eine glatte Vorwegnahme der Reformpolitik der demokratischen Linken ab Mitte des 20. Jahrhunderts. Normative Regulierungen ins Zentrum einer linken Reformpolitik zu stellen, ist aber auch heute wieder hoch aktuell. Für das 21. Jh. stellt sich die Frage, wie die im 20. Jh. erfolgreiche Regulierung der Volkswirtschaft im Rahmen des Nationalstaats auf eine komplexe globalisierte Ökonomie übertragen werden kann. Bei Bernstein wird man dafür keine konkreten Vorschläge finden. Die von ihm aufgezeigte Richtung – nämlich sozioökonomische Ziele mittels der Demokratie vorzugeben – ist jedoch zeitlos.